

Ein Drahtseilakt  
von Kohl und Mitterrand

# Nach dem Fall der Mauer

Hanns Jürgen Küsters

Es war ein Drahtseilakt: die europäische Integration voranzubringen und parallel die deutsche Einheit wiederherzustellen. Enge Abstimmungen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Präsidenten François Mitterrand bildeten ein unentbehrliches Netz, dessen Maschen einige Belastungen auszuhalten hatten. Wenig bekannt ist nämlich, dass in der Phase der Wiedervereinigung zwischen Bonn und Paris eine heftige Kontroverse über die Notwendigkeit institutioneller Reformen der EG entbrannte.

## Heftige Kontroversen

Im Mittelpunkt standen drei Fragen: Kommt die Entscheidung über die Einsetzung einer Regierungskonferenz zum Übergang in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zu Stande? Gelingt es, mit dieser Entscheidung Verhandlungen über die institutionelle Reform der EG und die Politische Union zu verknüpfen? Und wie lässt sich die Vertiefung der europäischen Integration mit dem Wiedervereinigungsprozess in Einklang bringen? Über allem schwebte ab Februar 1990 der deutsch-französische Streit um den Zeitpunkt der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze des wiedervereinten Deutschland.

Als EG-Kommissionspräsident Jacques Delors am 17. April 1989 seinen Bericht zum Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion vorlegte, über den der Europäische Rat im Juni in Madrid Beschluss fassen sollte, stockte das deutsch-franzö-

sische Tandem an allen Ecken. Mitterrand war über die Deutschen und die Entwicklung des bilateralen Verhältnisses ziemlich verärgert. Das betraf insbesondere das Vorgehen bei der Zinserhöhung durch die Bundesbank am Tage der deutsch-französischen Konsultationen, die ohne Vorwarnung erfolgte. Je mehr die deutschen Wirtschaftsdaten steigende Tendenz anzeigten, desto größer war das Interesse in Paris, durch Zusammenarbeit im industriellen Bereich – hauptsächlich bei Zukunftstechnologien wie Telekommunikation und Flugzeugbau – nicht den Anschluss zu verlieren. Angesichts des bevorstehenden Besuchs von Michael Gorbatschow Mitte Juni in Bonn kamen Befürchtungen hinzu, Deutschland könnte sich auf die Dauer verstärkt nach Osteuropa orientieren. Die Bereitschaft des Kanzlers zur finanziellen Unterstützung der Reformpolitik in Polen teilte Mitterrand nur halbherzig. Letztlich stand dahinter die Sorge, durch Bushs Parole „partner in leadership“ animiert, beabsichtige die Bundesregierung eine eigenständigere Rolle in der europäischen Politik zu spielen.

## Wirtschafts- und Währungsunion

Vor Beginn der französischen EG-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1989 brauchte der Élysée-Palast einen möglichst engen Schulterchluss mit der Bundesregierung. Mitterrand wollte die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Prüfung der Vorschläge Delors' und zur anschließenden Ausarbeitung der

*Die Stabilität der Freundschaft war Grundlage jeder weiteren Entwicklung: Kohl und Mitterrand am 22. September 1984 auf den Schlachtfeldern von Verdun. © BBS*



Rechtstexte bereits auf dem Madrider Gipfel vorziehen und den Erfolg als krönenden Abschluss unter seiner Präsidentschaft sicherstellen. Einig waren sich Bonn und Paris darüber, die Sachdebatte und Verfahrenseinleitung im Juni zu betreiben und den Dreistufenplan des Delors-Berichts unbedingt einzuhalten, weil man sonst nicht über die erste, unverbindliche Stufe hinauskäme. Die französische Regierung rechnete mit hartem Widerstand der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und schloss eine 11-zu-1-Konstellation in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten nicht aus. Die Bundesregierung wollte den Bogen nicht überspannen und den Briten zumindest Gelegenheit geben, noch auf den fahrenden Zug der Wirtschafts- und Währungsunion aufzuspringen.

### Thatchers Widerstand

Mitterrands Forderung, gemeinsam mit Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 zu Ergebnissen in der Frage der Wirtschafts- und Währungsunion zu kommen, scheiterte am Widerstand Thatchers, die jede zeitliche Limitierung ab-

lehnte. Mitterrand reichte eine Verständigung über den zeitlichen Ablauf. Die Festlegung eines konkreten Termins brauche nicht zu erfolgen, deutete er gegenüber dem Kanzler an. Beiden war wichtig, an dem Gesamtprozess festzuhalten. Mit der ersten Stufe am 1. Juli 1990 zu beginnen ohne Engagement für den Übergang zur zweiten und dritten Stufe, schien Mitterrand sinnlos. So erreichte er nicht sein eigentliches Ziel: die D-Mark in eine europäische Währung einzubinden.

Am Ende verständigte sich der Europäische Rat darauf, mit Vorarbeiten für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Festlegung der anschließenden Stufen sofort zu beginnen, vermied jedoch die Fixierung eines Datums. Die Konferenz sollte zusammentreten, sobald die erste Stufe begonnen habe. In Aussicht genommen war, im Zusammenhang mit der geplanten Regierungskonferenz, die zur Schaffung der einheitlichen Währung und der notwendigen Organe und Strukturen erforderlich wäre, über eine mögliche Änderung der Römischen Verträge zu verhandeln. Damit eröffnete sich die Möglichkeit zu Diskussionen über

institutionelle Reformen. Für den Kanzler war zunächst wichtig: Die Arbeiten an der Wirtschafts- und Währungsunion sollten auf der Grundlage der in der Bundesrepublik „bewährten geld- und währungspolitischen Strukturen erfolgen“. Die Bundesbank würde Vorbild für die Errichtung einer unabhängigen, der Geldwertstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank.

### Sicherheit und Verteidigung

Weitere Ursachen für die andauernde schlechte deutsch-französische Stimmung waren ausbleibende Erfolge bei der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Stichwort: Aufbau einer deutsch-französischen Brigade – und der nuklearpolitischen Zusammenarbeit. Hinzu kamen die vorläufig gescheiterten Bemühungen um eine Steuerharmonisierung und andauernde Schwierigkeiten auf dem Weg zur Fusionskontrolle im EG-Rahmen. Die damalige Stärke der D-Mark erzeugte obendrein einen heftigen Aufwertungsdruck, der in Frankreich den Ruf nach einer expansionistischeren Finanzpolitik laut werden ließ. Jede Aufwertung der D-Mark, so beschwor Ministerpräsident Rocard den Kanzler im Oktober 1989, werde als Abwertung des Franc angesehen. Die Unsicherheit, wie es mit der deutschen Frage weitergehe, schürte vor allem im Quai d’Orsay Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Beteuerungen Kohls zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Was wollte Mitterrand, und was intendierte Kohl? Das Bundeskanzleramt erhoffte sich von den bevorstehenden 54. deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November in Bonn und dem Straßburger EG-Gipfel im Dezember ein klares Signal eines engen bilateralen Zusammenhalts in allen Kernfragen der Europapolitik. Das schloss sowohl das Engagement für die Vertiefung des Integrationsprozesses als auch die koordinierte

Hilfe für Osteuropa ein. Kohl wollte Mitterrand mit ins Boot holen. Im Oktober ließ der Kanzler Mitterrand durch seinen Europaberater Joachim Bitterlich mitteilen, der Straßburger Ratsgipfel könne den Beginn der Regierungskonferenz für das zweite Halbjahr 1990 ankündigen, die Ratifizierung der Abkommen solle bis 1992 erfolgen. Dabei wies er auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Europäischen Zentralbank hin. Darüber aber wollte die französische Regierung tunlichst nicht sprechen, weil die Unabhängigkeit der Nationalbank für sie ein Anathema war.

### Was Mitterrand dachte

Mitterrand erkannte in der Wirtschafts- und Währungsunion die einmalige Chance, D-Mark und Franc in einen festen Wechselkurs zu bringen und die Entwicklung der französischen Wirtschaft an die der deutschen Wirtschaft zu ketten. Ihm kam es darauf an, möglichst schnell die Bundesregierung zur Aufgabe ihrer starken Währung zu Gunsten einer gemeinsamen europäischen Währung zu veranlassen. Hinter dem Vorschlag institutioneller Reformen vermutete er ein Ablenkungsmanöver und eine Verzögerungstaktik der Deutschen, die in seinen Augen zu weit reichenden Schritten vielleicht doch nicht bereit wären.

Was Kohl und Mitterrand bei ihrem abendlichen Treffen am 24. Oktober 1989 im Hinblick auf den Straßburger Gipfel besprachen, liegt noch im Dunkeln. Fest steht jedoch: Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion verkörperte nach Kohls Ansicht keineswegs das Endziel der Integration. Für den Erfolg, den Mitterrand als amtierender Ratsvorsitzender in Straßburg einheimen würde, wollte der Kanzler dessen Unterstützung der Reformbewegung einkaufen. Die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion sollten an die Einberufung einer Regierungskonferenz über institutionelle Reformen der EG mit dem

Ziel einer Politischen Union gekoppelt und somit die reservierte Haltung des französischen Präsidenten aufgebrochen werden. Schon Ende Mai 1989 hatte der Kanzler Bush prophezeit, nach 1992 werde es „die eigentlich große Diskussion geben, ob man bei der wirtschaftlichen Integration stehen bleiben solle oder im Sinn der Römischen Verträge zur staatlichen Integration weitergehen wolle“.

### Was Kohl dachte

Kohl suchte den Einstieg in die Diskussion um die Politische Union. Frühestens Ende 1990 sollte eine Regierungskonferenz einberufen werden, die sich mit der institutionellen Weiterentwicklung, vor allem den Rechten des Europäischen Parlaments, zu befassen hätte.

Bei den deutsch-französischen Konsultationen Anfang November pochte der Kanzler darauf, der Straßburger Gipfel müsse eine erste Aussprache über die Finalität der Gemeinschaft führen. Zum einen konnten seiner Auffassung nach die nächsten Europa-Wahlen 1994 nicht abgehalten werden, ohne dem Europäischen Parlament mehr Kompetenzen zu übertragen. Zum anderen brauchte der Kanzler den Einstieg in die Diskussionen um institutionelle Reformen zur Ruhigstellung innenpolitischer Kritiker der Wirtschafts- und Währungsunion, die einen Stabilitätsverfall befürchteten. Die französische Regierung zeigte aber so gut wie kein Interesse an einer politisch-institutionellen Fortentwicklung der EG und noch weniger an der Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments.

Der Fall der Mauer engte fortan den Handlungsspielraum des Kanzlers ein. Er musste den Staats- und Regierungschefs der EG die Vereinbarkeit der Überwindung der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas im Rahmen einer stabilen Friedensordnung plausibel machen. Dazu galt es, die drei Ziele – europäische

Wirtschafts- und Währungsunion, Politische Union und Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa – in Einklang zu bringen. Hinsichtlich der Vereinbarkeit von deutscher Frage und europäischer Integration gab es für Kohl kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch – sowohl das Streben der Deutschen nach der Einheit als auch ihre Integration in die EG.

Wollte Kohl Zweifel an der westlichen Bündnistreue der Deutschen im Vorhinein ausschalten, kam es nun mehr denn je darauf an, Mitterrand nachzuweisen, dass die Bundesregierung den europäischen Integrationsprozess nicht aus den Augen verliert. Den Präsidenten plagten erhebliche Zweifel und Ängste, ob ein wiedervereintes Deutschland Mitglied der westeuropäischen Gemeinschaft bleiben werde.

### Der eigentliche Dissens

Der Briefwechsel Kohls mit Mitterrand Anfang Dezember ließ den eigentlichen deutsch-französischen Dissens erkennen. Mitterrand wollte die Einbindung der D-Mark möglichst schnell sicherstellen, der Kanzler hingegen das Junktim aufrecht erhalten und die Entscheidung so lange hinauszögern, bis der französische Präsident Verhandlungen über institutionelle Reformen zustimmte. Angesichts der prekären Lage in Deutschland wäre es jedoch törisch gewesen, den Konflikt zu schüren.

Die Auseinandersetzung darüber, ob am Jahresende 1990 eine Regierungskonferenz eingesetzt würde, war keineswegs nur eine „Symbolfrage“, wie Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher später behauptete. Hinter den Meinungsverschiedenheiten zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt, ob die Bundesregierung eine derartige Erklärung abgeben sollte, verbargen sich offenkundig divergierende Taktiken und Ziele hinsichtlich weiterer Integrationsfortschritte und

deren deutschlandpolitischer Rückwirkungen.

### „Eisige Atmosphäre“

Auf dem Straßburger Gipfel am 8. Dezember erwartete den Kanzler wegen seines Alleingangs bei der Verkündung des Zehn-Punkte-Programms eine „eisige Atmosphäre“. Von allen Seiten wurde er mit Fragen nach seinen Vorstellungen über die Wiedervereinigung bombardiert. Sein Engagement für weitere Einigungsschritte, die hohen Beitragszahlungen der Deutschen in den EG-Haushalt und die nuancierte Abstimmung des deutschen Einigungsprozesses mit den geplanten Fortschritten zur Wirtschafts- und Währungsunion wie zur Politischen Union spielten in dem Moment keine Rolle. Hinter aller Skepsis Mitterrands, Thatchers und der meisten anderen EG-Regierungschefs stand letztlich die Gretchenfrage: Wie hält das wiedervereinigte Deutschland es mit der Westintegrationspolitik?

Obwohl sich Kohl in den Verhandlungen aufs Neue für die Aufnahme der Diskussion über die Politische Union aussprach, enthielt das Schlusskommuniqué lediglich den Hinweis, vor Ende 1990 werde eine Regierungskonferenz einberufen. Tagesordnung und Beratungszeitplan sollte die Konferenz selbst festlegen. Mit anderen Worten: Ein genauer Konferenzbeginn stand immer noch nicht fest, und der Beratungsgegenstand war weiterhin offen. Nach zähen Besprechungen erreichte Kohl eine gewisse Unterstützung der EG-Partner für das Wiedervereinigungsziel mit dem Bekenntnis, einen Zustand des Friedens in Europa anzustreben, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Verschiedentlich wird behauptet, Kohl habe die D-Mark – *das* Symbol deutscher Wirtschaftskraft schlechthin – zu Gunsten einer europäischen Währung für Mitterrands Zustimmung zur Wiederverei-

nigung hergegeben. Als Beleg diente die Äußerung des Kanzlers gegenüber dem amerikanischen Außenminister James Baker am 12. Dezember 1989 in West-Berlin: „Diesen Entschluss“ zur Wirtschafts- und Währungsunion habe er, der Bundeskanzler, „gegen deutsche Interessen getroffen“. Im Hinterkopf hatte Kohl die kritischen, ja teils ablehnenden Stimmen aus den Reihen der Bundesbank und des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage.

Tatsache ist aber, dass der Kanzler schon lange vor dem Mauerfall und der Entwicklung zur deutschen Einheit fest entschlossen war, die D-Mark in eine europäische Währung aufgehen zu lassen. Jedoch wollte er für seine Zustimmung Konzessionen der übrigen EG-Staaten, insbesondere des zögerlichen Mitterrand, einhandeln und die Politische Union voranbringen.

### Die Frage der Erweiterung

Kohl sicherte ihm beim Treffen am 4. Januar 1990 in Latché zu, weiter an der europäischen Integration festzuhalten. Beide stimmten überein, nötig seien eine Wiedervereinigungsstrategie *und* eine Strategie für Europa. Offen fragte Mitterrand nach der EG-Erweiterung. Was solle mit Staaten wie Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei, Österreich geschehen und was mit der Türkei? „Die EG kann sie nicht alle aufnehmen“, meinte er. Der Kanzler schwieg dazu.

Trotz der Wiederannäherung brodelte es unter der Decke weiter. Mitterrand machte sich die Forderung Polens nach Abschluss eines Vertrages über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vor Vollendung der Wiedervereinigung zu Eigen und brachte damit Kohl in arge Bedrängnis. Zudem war unklar, mit welchen inhaltlichen Fragen sich die Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union beschäftigen sollten und wie beide

aufeinander abgestimmt würden. Mitterrands Zustimmung zur Wiedervereinigung war nur über eine enge bilaterale Zusammenarbeit und Stärkung der EG zu bekommen. Deshalb wollte der Kanzler bei seinem Besuch am 15. Februar in Paris mit ihm zunächst einen Sondergipfel des Europäischen Rates nach den freien Wahlen am 18. März in der DDR vereinbaren, auf dem die Beschlüsse von Straßburg und damit beide Projekte – Wirtschafts- und Währungsunion und Verhandlungen über die Politische Union – „gemeinsam“ vorangebracht werden sollten.

### „Perspektive der Konföderation“

Mitterrand unterstrich die Notwendigkeit einer Stärkung der EG und sprach zwar von der „Perspektive der Konföderation, die noch gefunden werden muss“, doch drängte er, die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion vorzuziehen. Damit wäre das deutsche Junktim aufgebrochen und beide Sujets entkoppelt worden, was Kohl ablehnte.

Eine wichtige Stütze für die Bundesregierung stellte in diesen Tagen Delors dar. Auch dessen Strategie zielte auf eine möglichst weitgehende Einbindung der DDR. Als Ergebnis des EG-Sondergipfels schwebte ihm die neuerliche Bekräftigung der beiden Integrationsziele vor, verbunden mit einem Signal an die Menschen in der DDR, sie würden bald Mitglied der EG sein. Damit sicherte er sich die Unterstützung des Kanzlers und band das vereinte Deutschland eng an die Europäischen Gemeinschaften. Kohl bekräftigte gegenüber Delors am 23. März 1990 in Brüssel, seine Straßburger Initiative zum Ausbau und zur Verstärkung der Politischen Union auf dem Dubliner Gipfel im April weiterzuverfolgen. Ob im Rahmen der Regierungskonferenz oder in einer parallelen zweiten Konferenz, ließ er offen. Es sei das beste Instrument,

bestehende Ängste der Nachbarn abzubauen und um Vertrauen zu werben, damit Deutschland vom Image der Dampfwalze und dem Gespenst eines heraufziehenden „Vierten Reiches“ wegkomme.

### Kompromiss-Papier

Institutionelle Umgestaltungen der EG konnten nur bei vorheriger deutsch-französischer Verständigung Erfolg haben. Grundelemente der Initiative zur Politischen Union standen schon seit Februar auf dem Papier. Der Kanzler gab Anfang April grünes Licht für weitere Abstimmungen der „Elemente von Schlussfolgerungen“ mit dem Mitarbeiterstab um Mitterrand. Je konkreter es aber um Textformulierungen ging, desto deutlicher kristallisierten sich Vorbehalte des Präsidenten gegen substanzielle Diskussionen über institutionelle Reformen und eine Politische Union heraus. Dessen Beraterin, Elisabeth Guigou, regte an, auf dem Gipfel in Dublin die Außenminister zu beauftragen, einen Bericht vorzulegen, bei dessen Abfassung Bonn und Paris konzertiert vorgehen sollten. Das turnusmäßige EG-Gipfeltreffen Mitte Juni in Dublin würde dann über das Prozedere zur Vorbereitung der Regierungskonferenz entscheiden. Kohls Europaberater, Joachim Bitterlich, vermutete richtig: Die Franzosen suchten sich aus der gemeinsamen Initiative herauszuwinden. Allzu deutlich waren Auffassungsunterschiede, Animositäten und administrative Rivalitäten spürbar. Als Ergebnis der 55. deutsch-französischen Konsultationen richteten Kohl und Mitterrand am 18. April gemeinsam ein Schreiben an den irischen EG-Ratsvorsitzenden Charles Haughey, das von Kompromissen nur so wimmelte.

Beide setzten sich für die beschleunigte Vorbereitung der Bildung einer Europäischen Union ein, die gleichzeitig zu der geplanten Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion in An-

griff genommen werden und zum 1. Januar 1993 in Kraft treten sollte. Damit war der von den Deutschen intendierte Gleichschritt in Bezug auf das Enddatum zwar erhalten geblieben, von dem ursprünglichen Ziel, eine Grundsatzdiskussion über die politische Finalität der EG oder gar eine europäische Verfassungsdebatte in Gang zu setzen, hatte das Bundeskanzleramt fürs Erste Abstand nehmen müssen. Angestrebte Ziele waren reduziert und weitgehend unverbindlich formuliert worden. So sollte die demokratische Legitimation der Europäischen Gemeinschaften gestärkt, ihr institutionelles System wirksamer ausgestaltet, die Einheit der Union auf den Gebieten Wirtschaft, Währung und Politik gesichert und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Aussicht genommen werden. Von den französischen Überlegungen einer „europäischen Konföderation“ war keine Rede mehr. Vielmehr hatten die Franzosen ihren Verfahrensvorschlag durchgesetzt, dem Europäischen Rat im Juni 1990 einen Bericht vorzulegen und den Schlussbericht für die Tagung des Europäischen Rates im Dezember in Rom zu erarbeiten. Das Kanzleramt hoffte, sein Junktim Wirtschafts- und Währungsunion und Politische Union mithilfe paralleler Regierungskonferenzen noch aufrechterhalten zu können.

### Die Rolle der D-Mark

Hinter den Kulissen des Dubliner Sondergipfels am 28. April stand jedoch eine ganz andere Frage im Vordergrund: Wie schnell würde das vereinte Deutschland mit der D-Mark in eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion eingebunden? Letztlich waren sich die Teilnehmer nur in einem Punkt weitgehend einig: Deutsche Einheit und europäische Integration mussten eng miteinander verknüpft werden. Mit Beginn der ersten Übergangsstufe am 1. Juli 1990 würde der erste Schritt dazu getan. Nicht zufällig

wurde am selben Tag die D-Mark in der DDR eingeführt und eine wichtige Etappe auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands erreicht. Als Kompromiss der Bemühungen um die Politische Union kam das besagte Mandat für die Außenminister heraus. Am 25./26. Juni sollte dann die Entscheidung über die Durchführung einer zweiten Regierungskonferenz, die parallel zur Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion und mit gleichem Zeitziel – 31. Dezember 1992 – stattfinden könnte, getroffen werden.

Kohls Zugeständnis bestand in seiner Einwilligung, Entscheidungsoptionen im zweiten Vorbereitungsstakt von Juli bis Dezember mit Blick auf den Gipfel am Jahresende in Rom zu erarbeiten und mit der weiteren Vorbereitung die Außenminister zu beauftragen. Faktisch bedeuteten die Vereinbarungen eine Vertagung der Entscheidung über die Einberufung des zweiten Abschnitts der Regierungskonferenz. Zudem blieben weitere Vorbereitungen für die zweite Jahreshälfte offen. Dem deutschen Junktim war somit zu einem Gutteil der Boden entzogen worden. Während die französische Regierung die prozedurale Kontinuität der Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion gesichert hatte, war der parallele Einstieg in die institutionellen Verhandlungen zunächst hinausgezögert worden. Der Bundesregierung kam es deshalb darauf an, beim zweiten Dubliner Gipfel die Entscheidung über die Einberufung der zweiten Regierungskonferenz zu treffen beziehungsweise sie zumindest bis Dezember 1990 offen zu halten, wenn über den weiteren Fortgang insgesamt entschieden würde. Bis Ende 1991 die Verfassung von Europa im Sinne einer Endstufe des Ausbaus der EG zu erreichen, dieses ehrgeizige Ziel rückte in weite Ferne. Realistisch betrachtet konnte es sich nur um einen erneuten Zwischenschritt darauf hin handeln.

Am 22. Juni kamen Kohl und Mitterrand überein, eine Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Politischen Union herbeizuführen und den Termin für die Konferenz zu konkretisieren. Der Europäische Rat terminierte am 25./26. Juni den Beginn der Regierungskonferenz für die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion auf den 13. Dezember 1990 mit dem Ziel eines Abschlusses vor Ende 1992. Darüber hinaus fiel die Entscheidung, nach Artikel 236 EG-Vertrag eine Regierungskonferenz über die Politische Union einzuberufen und am 14. Dezember 1990 auf der Grundlage der Vorarbeiten der Außenminister zu eröffnen. Die Konferenz sollte ihre Arbeiten so rechtzeitig abschließen, „damit deren Ergebnisse von den Mitgliedstaaten vor Ende 1992 ratifiziert werden“ könnten. Der Bericht der Außenminister steckte den Arbeitsrahmen ab. Nunmehr lief alles darauf hinaus, die Effizienz und Wirksamkeit der Arbeit der EG und ihrer Organe auf den Prüfstand zu stellen und in Teilen die bisher erreichte funktionale Zusammenarbeit völkerrechtlich festzuschreiben.

### Europäische Zentralbank

Auf der Sondertagung am 27./28. Oktober 1990 in Rom einigte sich der Europäische Rat auf den 1. Januar 1994 als Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion mit Schaffung einer Europäischen Zentralbank. Dem weiteren Terminplan, spätestens drei Jahre nach dem Beginn der zweiten Stufe bereits den Übergang in die dritte, endgültige Stufe zu prüfen, stimmte lediglich Großbritannien nicht zu. Doch auch die französische Regierung machte vornehmlich aus innenpolitischen Gründen deutlich, es werde noch ein langer Weg sein, bis die Nationalstaaten ihr Mitspracherecht in einer Politischen Union aufgäben.

Vor dem nächsten Ratsgipfel am 14./15. Dezember 1990 in Rom schlug der

Kanzler zwar wieder eine deutsch-französische Initiative vor, die sich auf die Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen, die Stärkung demokratischer Legitimität durch eine europäische Staatsbürgerschaft, mehr Rechte für das Europäische Parlament und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bezogen. Von dem großen Durchbruch zur umfassenden institutionellen Reform war aber nur ein auf wenige Punkte begrenztes Mandat für die Regierungskonferenz übrig geblieben. Immerhin stand das Thema nun fest auf der Tagesordnung europäischer Integrationspolitik.

Insgesamt gesehen ging die Strategie des Kanzlers – Aufgabe der D-Mark gegen Zustimmung Mitterrands zum Durchbruch in Fragen der Politischen Union – nur zum Teil auf. Die Bundesregierung war nach Zustimmung der Westmächte zur deutschen Einheit nicht in der Lage, weitergehende Unterstützung von Frankreich für den Einstieg in institutionelle Gemeinschaftsreformen zu erwirken.

An einer substanziellen politischen Reform zeigte die französische Regierung kein sonderliches Interesse. Sie nutzte die Bestrebungen der Deutschen vielmehr als Vehikel, deren Zustimmung zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu erlangen. Über kurz oder lang eine Europäische Zentralbank einzurichten war der Preis, den Mitterrand dafür zahlte. Die Diskussion über die politische Finalität der Europäischen Gemeinschaften wurde jedoch vertagt.

Kohl betrieb mit der kontinuierlichen Beteuerung der beschleunigten Fortsetzung der europäischen Integration in der Phase der Wiedervereinigung wichtige Rückversicherungspolitik bei den EG-Partnern. Für Mitterrand war die europäische Einbindung der deutschen Währung und Wirtschaftskraft ein zentraler, wenn nicht gar der entscheidende Faktor für sein Ja zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.